

**Rede
der Sprecherin für Frauenpolitik**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 36

**Haushaltsberatungen 2020 - Haushaltsschwerpunkt
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

während der Plenarsitzung vom 17.12.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

im Haushalt 2020 legen wir einen Schwerpunkt auf Schutzmaßnahmen vor Gewalt. Wir unterstützen die Kommunen in Niedersachsen, die jetzt neue Frauenhausplätze geschaffen haben, um dem regionalen Mangel an Plätzen zu begegnen, mit 400.000 Euro.

Wir fördern Maßnahmen für von Menschenhandel betroffene Frauen. Damit können die Vereine Solwodi und Kobra mit Schutzwohnungen ihre wertvolle und notwendige Arbeit für die von dieser Kriminalität betroffenen Frauen weiterführen.

Uns ist auch eine gestärkte Präventionsarbeit sehr wichtig. Wenn Gewalt geschieht, ist das Problem in massiver Form vorhanden und durch Einstellungen und Verhaltensweisen verfestigt.

Arbeit gegen die Ideologie von natur- oder gottgegebenen Geschlechterhierarchien und dem damit verbundenen Machtgefälle ist von großer Bedeutung. Das muss überall dort unterrichtet und gesagt werden, wo junge Menschen zusammenkommen: In der Schule, beim Sport, in den Religionsgemeinschaften, in anderen Vereinen. Es gibt in diesen Feldern schon Programme und Schulungen, aber diese müssen noch verstärkt werden.

Das sind Ziele unseres Entschließungsantrages, den wir heute hier beschließen werden.

Prävention muss auch dort greifen, wo Gewalt schon stattgefunden hat, um Wiederholungen zu minimieren. Daher haben wir auch die Zuschüsse erhöht für die Einrichtungen, die mit denen arbeiten, die Täter geworden sind. Diese Einrichtungen sind erfolgreich, weil Männer, die zu Tätern geworden sind, lernen, mit Konflikten anders umzugehen.

Ein Mangel an Plätzen in Frauenhäusern entsteht auch dadurch, dass die Frauen – oft mit mehreren Kindern – keine Wohnungen im Anschluss finden. Hier müssen sowohl die Wohnmöglichkeiten geschaffen werden als auch Begleitung für die Frauen, die sich eigenständig ein Leben mit Berufstätigkeit unabhängig von ihrem gewalttätigen Partner aufbauen müssen. Dies ist ein Aspekt, der in der bundesweiten Studie, über die wir im letzten Jahr schon gesprochen haben, beforscht wurde. Wir fordern die Landesregierung auf, nach Veröffentlichung der Studienergebnisse sehr rasch in die Umsetzung mit Second-Stage-Angeboten zu kommen.

Die Istanbul-Konvention, der Deutschland beigetreten ist, ist eine gute Richtschnur für Maßnahmen, die von Gewalt betroffenen Frauen hilft. Daran orientiert sich unser Entschließungsantrag. Prävention und die lückenlose

Versorgung und Begleitung der Frauen und ihrer Kinder bei Gefährdung durch Gewalt sind die entscheidenden Handlungsfelder. Das Ziel ist ein Leben ohne Gewalt in freier Selbstbestimmung.

In den Haushaltsplanentwürfen der Oppositionsfraktionen finden sich bis auf die Erhöhung für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen keine anderen Schwerpunkte. Einzig die Fraktion der AfD ist mit Frauenförderung nicht einverstanden und schon gar nicht mit der Förderung von Maßnahmen, die die Akzeptanz in der Gesellschaft für zwischengeschlechtlich orientierte Menschen erhöhen sollen.

Das Weltbild der AfD lässt sich an diesen Streichungen im Haushalt trefflich formulieren: Die gottgegebene Weltordnung kennt nur den binären Code – männlich und weiblich und die Hierarchie. Männer sind mehr wert als Frauen, denn ihre Lebenschancen sind frei. Frauen sollen Kinder bekommen, Frauen sollen auf Kinder aufpassen. Etwas Anderes fällt Ihnen dazu nicht ein. Gleichstellung auf dem Papier reicht. Die Realität, in der wir leben, wird aus ideologischen Gründen ausgeblendet. Menschen, die sich zwischen Mann und Frau verorten, bedrohen die Geschlechterhierarchie und damit den Machtanspruch der Männer. Deswegen darf das alles gar nicht sein.

Männer und Frauen sind gleichgestellt? Ich frage die Kollegen der AfD, Kolleginnen gibt es ja fast nicht: es gibt keine Lohnlücke? Es gibt keine Rentenlücke? Es gibt keine Altersarmut bei Frauen – siehe z. B. den Sozialbericht der Stadt Hannover, gestern vorgestellt? Wie war das noch mit Frauen in Führungspositionen? Wie viele Frauen werden Opfer von Gewalt und wie viele Männer? Da war doch was! Für Frauenschutzhäuser sind ja im Prinzip sogar Sie! Wäre es nicht klüger, Gewalt durch Förderung von Gleichstellung zu minimieren?

Sie machen sich das ohnehin recht einfach, alle die Handlungsfelder dem Haushalt des Landes zu überlassen, die Ihnen zu schwierig sind, in der bestehenden Rechtslage zu lösen. Das Land als Versicherungsträger für Haftpflichtversicherungen für Hebammen! Hier gilt es, andere Fragen zu beantworten: Wie viel müssen Hebammen verdienen und wie viele Schwangere und Gebärende gleichzeitig können sie in welchen Arbeitsmodellen betreuen? – Das beantwortet sich nicht mit einem Griff in die Landeskasse. Es bedarf vieler Gespräche mit Krankenkassen, Verbänden, Gewerkschaften, Ausbildungsstätten, Kommunen, Krankenhausträgern. Die Welt ist doch etwas komplizierter als das Weltbild des Sozialpolitikers in der AfD. Wir werden uns im Januar noch ausführlicher damit beschäftigen.

Ein Wort noch zu den Begründungen, die Sie in Ihren Haushaltsansätzen liefern. Quasi ein Zitat aus dem Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Damit wollen Sie es bewenden lassen. Nur leider unterschlagen Sie den zweiten Satz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Ihr Haushaltsentwurf lässt das Bemühen um die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen schmerzlich vermissen. Er ist nicht verfassungsgemäß.

Wir haben in diesem Jahr viele 100-jährige Jubiläen gefeiert. Ja, es hat sich viel geändert in diesen letzten 100 Jahren – die Chancen für Frauen auf eine gute Bildung, auf Selbstständigkeit durch eigene Berufstätigkeit, auf Kinderbetreuung, auf politische Teilhabe, auf eigenes Wirken im öffentlichen Raum und auf Macht sind ungleich viel höher als damals.

Dennoch bleibt sehr viel zu tun. Der Landesfrauenrat arbeitet wie viele andere Organisationen weiter an der Gleichstellung. Daher halten wir die Förderung weiterhin erhöht mit besonderem Blick auf das Projekt Frauenorte. Denn auch in der Geschichtsschreibung zeigt sich nach wie vor die Ungleichstellung: Die besonderen Leistungen von Frauen für Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur sind nach wie vor nicht angemessen abgebildet.

Und mit dem geplanten Paritégesetz werden wir noch in dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass die Gleichstellung auch endlich in den Parlamenten ankommt!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.